

Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. • Luisenstraße 26 • 65185 Wiesbaden

Die Vorsitzende des Arbeits- und
Sozialpolitischen Ausschusses
Sabine Bächle-Scholz
Hessischer Landtag
Schlossplatz 1 – 3
65183 Wiesbaden

per E-Mail: r.recebs@ltg.hessen.de und m.mueller@ltg.hessen.de

03.04.2025

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der FDP-Fraktion zum Zehntes Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches

Sehr geehrte Frau Bächle-Scholz,

wir bedanken uns als Liga der Freien Wohlfahrtspflege Hessen e. V. recht herzlich für die Möglichkeit der Stellungnahme zum vorliegenden Gesetzentwurf.

Wir begrüßen die geplanten Regelungen, die die Arbeit der Elternvertretungen stärken. Wir erkennen den hohen Wert, den die Elternvertretungen als Sprachrohr der Eltern von Kindern in der Kindertagesbetreuung (Kindertagesstätten und Kindertagespflege) einnehmen. Eltern sind die ersten und wichtigsten Experten für ihre Kinder. Ihre Perspektiven, Erfahrungen und Wünsche tragen maßgeblich zur Weiterentwicklung der Betreuungs- und Bildungsangebote bei. Elternvertretungen leisten daher einen unverzichtbaren Beitrag zur Qualität der Kindertagesstätten. Sie sind in der Lage, die Bedürfnisse der Kinder und Familien aus erster Hand zu vermitteln und aktiv an der Gestaltung eines förderlichen Umfelds für die frühkindliche Entwicklung mitzuwirken. Ihre Arbeit fördert den Dialog zwischen Eltern, Kitas bzw. Kindertagespflegepersonen, Trägern und der Landespolitik.

Zu den Regelungen im Einzelnen:

- (a und b) Wir begrüßen die Änderungen des § 27 a) Abs 1 und 2 HKJGB. Eine verbindlichere und gestärkte Stellung der Elternvertretungen auf den genannten Ebenen kann dazu beitragen, dass deren Rolle verstärkt wahrgenommen wird und mehr Anstrengungen unternommen werden, Elternvertretungen zu etablieren. Gerade auf der kommunalen Ebene werden relevante Entscheidungen in Bezug auf die Kindertagesbetreuung in Kitas und Kindertagespflege getroffen, so dass Eltern auch dort im Sinne ihrer Kinder Einfluss nehmen können.
- (c) Die Mitglieder der LEV sind mit umfangreichen Aufgaben betraut, die eine hohe Verantwortung und Zeitinvestition erfordern. Eine Freistellung würde es ihnen ermöglichen, sich intensiv und effektiv mit ihren Aufgaben auseinanderzusetzen, ohne dass ihre berufliche Tätigkeit darunter leidet.

1

Durch die Freistellung könnte erreicht werden, dass sich auch Eltern aus weniger privilegierten sozialen oder beruflichen Verhältnissen bei der LEV engagieren können. Ohne Freistellung sind es oft vor allem Personen mit flexiblen Arbeitszeiten oder bestimmten beruflichen Positionen, die es sich leisten können, ein solches Ehrenamt zu übernehmen.

- (d) Die Wahlen der LEV sollten auch weiterhin durch das Ministerium organisiert und finanziert werden, da dies ansonsten ein erheblicher und für die Elternvertretungen nicht zu stemmender zeitlicher und finanzieller Aufwand wäre. Das Land unterstreicht mit seiner Beteiligung den Wert, den sie den Elternvertretungen zugestehen. Eine finanzielle Unterstützung könnte der LEV ermöglichen, professionelle, auf längere Sicht angelegte Strukturen zu schaffen, um die Elternvertreter*innen in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Regina Freisberg
Vorsitzende des Liga-Arbeitskreises
Kinder, Jugend, Frauen und Familie

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e. V. ist der Zusammenschluss der sechs hessischen Wohlfahrtsverbände. Sie vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen gegenüber der Politik ebenso, wie die Interessen ihrer Mitgliedsverbände. Mit ca. 7.300 Einrichtungen und Diensten sind die Mitgliedsverbände ein bedeutender Faktor für die Menschen, für eine soziale Infrastruktur und für die Wirtschaft in Hessen. Nah an den Menschen und ihren Bedürfnissen wissen die rund 113.000 beruflich Beschäftigten und rund 160.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen in Pflegeeinrichtungen, Behinderteneinrichtungen, Werkstätten, Tagesstätten, Bildungsstätten, Beratungsstellen, in den Frühförderstellen, ambulanten Diensten und anderen Einrichtungen um die sozialen Belange und die realen Rahmenbedingungen in Hessen. Diese Kenntnisse bringt die Liga in die politischen Gespräche auf Landesebene und mit Verhandlungspartnern und Kostenträgern ein.